

**N I E D E R S C H R I F T****22. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.09.2021	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	18:25 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aydin Candan - SPD		entschuldigt
Dr. Carsten Grohmann - CDU		
Sandra Odendahl - SPD		
Dr. Werner Vieler - AfD		
Aneta Wolter - CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Nil Gersdorf - CDU		
Andreas Müller - DIE LINKE		
Gabriele Ulrich - SPD		
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Dr. Axel Walther - FDP		
Mara-Lena Zeplin - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		bis TOP 6.1 - 17.45 Uhr
Ivo Zsiros - Die Unabhängigen		
Beiratsmitglieder		
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat		entschuldigt
Christian Rettberg - Behindertenbeirat		
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender		
Verwaltung		
Andrea Aewerdieck-Zorom - 1.160 - Frauenbüro		
Gabriele Beier - Bereich 2.500.7 Soziale Sicherung		

Britta Blank - Soziale Sicherung	zu TOP 5.2 bis 16:40 Uhr
Sonja Rieper - Schule und Sport	zu TOP 5.2 bis 16:40 Uhr
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Anke Seeberger - 2000.2 - Stabsstelle Integration, FB 2	
Katrin Sinner - 2.280.5 Stiftungsverwaltung	zu TOP 4.1 bis 16:30 Uhr
Ulrike Tietz - 2.530 - Gesundheitsamt	bis TOP 5.6 17:30 Uhr
Daniel Blank - FBC FB 2	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	bis TOP 6.1 17.30 Uhr
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
Dr. Alexander Mischnik - Gesundheitsamt	
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Tina Kobald -	
Karin Mechnich - AWO-Drogenhilfe	
Friedemann Ulrich - Vorwerker Diakonie	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.06.2021	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilung zur Versorgungssituation in Tavemünde bei der ambulanten Pflege	
3.2	Information zur Senior:innen-Messe	
3.3	Mitteilung zu Spätsommerfesten	
4	Berichte	
4.1	Bericht zum städtischen Haushalt 2022 Entschädigungszahlungen an die Stiftung Vereinigte Testamente - Verwendung	VO/2021/10195
4.2	Wiederaufnahme des Landesaufnahmeprogramms 500 (LAP 500)	VO/2021/10263
4.3	Prävention im Alter - Präventive Hausbesuche	VO/2015/02479-01
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Teilhabe an schulischen Ganztagsangeboten für Kinder mit besonderem Förderbedarf - Evaluation der Modellprojekte an der Schule Lauerholz und Maria-Montessori-Schule	VO/2021/10267
5.2	Wirtschaftsplan 2022 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)	VO/2021/10311
5.3	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnen-Einrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2020 und überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für das Produkt SeniorInnenEinrichtungen	VO/2021/10312
5.4	Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen	VO/2021/10332
5.5	Fortsetzung Quartiersmanagement Broilingplatz	0/09154-02-01-01
5.6	Budgetverträge des Fachbereichs 2 ab 01.01.2022	VO/2019/08009-01

6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	AfD - Begrüßungsgeld für Neugeborene	VO/2021/10349
6.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Fortsetzung des Projekts ,Großeltern im Quartier'	VO/2021/09744
6.2.1	Antrag des Beirates für Senior:innen betr. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Fortsetzung des Projekts ,Großeltern im Quartier′	VO/2021/09744-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag des AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): LÜMO barrierefrei	VO/2021/10417
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	

Nichtöffentlicher Teil:

10	Genehmigung der Niederschrift	
10.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.06.2021	
11	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
12	Berichte	
13	Beschlussvorlagen	
14	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Be- schlüsse	
----	--	--

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis 14 en bloc abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Er weist darauf hin, dass es eine Nachtrags-Tagesordnung gibt.

Der Vorsitzende verpflichtet das bürgerliche Ausschussmitglied Frau Mara-Lena Zeplin und die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Herrn Helmut Müller-Lornsen und Herrn Ivo Zsiros mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Herr Dr. Grohmann stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 5.4 Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen zu vertragen. Er begründet diesen Antrag mit dem noch nicht vorliegenden Suchthilfeplan.

Hierzu sprechen Herr Müller und Herr Senator Schindler, der darüber informiert, dass der Suchthilfeplan fertig ist und im September in den Gremienlauf geht.

Dem Vertragsantrag wird mit 8 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen zugestimmt, damit wird TOP 5.4 vertagt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.06.2021

Herr Müller bittet um die Erstellung eines Wortprotokolls.

Der Vorsitzende verweist hier auf die Geschäftsordnung und die darin festgelegten Bestimmungen zur Erstellung einer Niederschrift.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilung zur Versorgungssituation in Travemünde bei der ambulanten Pflege

Frau Schwartz berichtet von Hinweisen des Pflegestützpunktes, dass die ambulante pflegerische Versorgung sowie der Behandlungspflege in Travemünde Engpässe erkennen lässt. Der Grund wird im Fachkräftemangel gesehen. Der Bereich Soziale Sicherung hat sich hierzu mit dem Ansprechpartner AOK in Verbindung gesetzt und wird hier Gespräche führen.

Sie weist darauf hin, dass seitens der Stadt keine Zuständigkeit besteht, aber man sich dem Thema trotzdem angenommen hat, weil es die Lübecker Bürger:innen betrifft.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Information zur Senior:innen-Messe

Herr Wulf berichtet von der geplanten Lübecker Senior:innen-Messe am 01. Oktober 2021 im Kolosseum.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Mitteilung zu Spätsommerfesten

Herr Senator Schindler berichtet von der Alternativ-Veranstaltung zum Sonntag, der aufgrund der Pandemie ausfallen musste, und stattdessen im kleineren Rahmen als Sommerfest an zwei Wochenendtage mit je 50 Personen stattgefunden hat und noch stattfinden wird. Er bedankt sich hierbei ausdrücklich bei den Johannitern und dem DRK für die Unterstützung bei der Ausgestaltung der Feste.

Hierzu sprechen Frau Gersdorf und Herr Wulf.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Bericht zum städtischen Haushalt 2022 Entschädigungszahlungen an die Stiftung Vereinigte Testamente - Verwendung
Vorlage: VO/2021/10195**

Hierzu sprechen das Bürgerschaftsmitglied Herr Rathcke sowie Herr Voht und Herr Senator Schindler.

Berichts:

Im städtischen Haushalt 2022 werden im Produkt 612003 Grundstücksan- und verkäufe beim Produktsachkonto 612003000.7821000 Haushaltsmittel in Höhe von 13,55 Mio. EURO zur Entschädigung der Stiftung Vereinigte Testamente eingestellt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X

	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Wiederaufnahme des Landesaufnahmeprogramms 500 (LAP 500)
Vorlage: VO/2021/10263**

Frau Büche erfragt die Möglichkeiten zur Aufnahme von afghanischen Staatsangehörigen und Herr Zsiros erfragt die Möglichkeiten für die psychologische Betreuung der Geflüchteten.

Herr Senator Schindler stellt klar, dass es bei dem Programm LAP 500 um Geflüchtete geht, die in Kairo waren und mit den jüngsten Ereignissen im Afghanistan nicht zusammenhängen. Frau Schwartz ergänzt, dass im Programm von LAP 500 geregelt ist, dass nur die unbedingt notwendigen Behandlungen erfolgen sollen, aber man dennoch guckt, was im Einzelfall möglich ist.

Frau Tietz führt aus, dass ein enger Austausch des Gesundheitsamtes - Koordinierungsstelle im sozialpsychiatrischen Dienst hierzu besteht, es ein großes Netzwerk gibt und die Anpassungen ggf. gefordert werden.

Herr Senator Schindler weist in diesem Zusammenhang noch einmal drauf hin, dass Lübeck sich selbstverständlich einer Aufnahme von afghanischen Staatsangehörigen nicht verweigern würde, aber damit der von der Bürgerschaft beschlossene Entzerrungsbeschluss im Aufnahme-falle nicht mehr umgesetzt werden kann.

Bericht:

Wiederaufnahme des Landesaufnahmeprogramms 500 (LAP 500) nach Corona bedingter Unterbrechung. Anfrage des Landes an Kommunen und kreisfreie Städte, insbesondere ‚Sichere Häfen‘ nach Aufnahmekapazitäten ab August 2021. Die Aufnahme wird auf die Quote angerechnet. Nach der freiwilligen Aufnahme werden nicht verteilte Personen über die Quote zugewiesen, insgesamt sollen 415 Personen noch in 2021 aufgenommen werden.

In 2019 meldete die Hansestadt Lübeck dem Land gegenüber ihre Bereitschaft zur Aufnahme von 40 Personen.

Zum aktuellen Zeitpunkt kann der Bereich Soziale Sicherung die Zahl von 40 Personen bestätigen, weist jedoch darauf hin, dass dies der Entzerrung der Unterkünfte entgegensteht und diese verzögert.

Zudem wurde das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung darauf hingewiesen, dass die zugeteilten Personen im Rahmen der herkömmlichen Verfahrensketten in Lübeck untergebracht werden sollen und kein gesonderter Wohnraum ermöglicht werden kann, sowie eine barrierefreie Unterbringung für Menschen mit Behinderung zurzeit nicht gewährleistet werden kann.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
Ohne Votum		

<p>zu 4.3 Prävention im Alter - Präventive Hausbesuche Vorlage: VO/2015/02479-01</p>

Bericht:

Das vom Bereich Soziale Sicherung im Auftrag der Bürgerschaft 2007 erstellte *Gesamtkonzept Leben und Wohnen im Alter*. (VO/2005/02479) wurde von der Bürgerschaft zur Kenntnis genommen und wird seitdem prozesshaft umgesetzt.

Die Bürgerschaft hat dann in ihrer Sitzung am 29.03.2012 unter TOP 4.18 mit Drucksache Nr. 699 den nachstehend aufgeführten Antrag abschließend an den Ausschuss für Soziales überwiesen:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft bis zur Septembersitzung 2012 zu berichten, ob präventive Hausbesuche bei älteren Menschen eine sinnvolle und gesundheitsfördernde Maßnahme darstellen könnten (...).“

Im Zuge der Umsetzung wurde der *Bericht Prävention im Alter* (VO/2015/02479) im November 2015 in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsamt abschließend erstellt und vom Sozialausschuss zur Kenntnis genommen, mit dem Auftrag entsprechend der Empfehlungen zu verfahren.

Zur Umsetzung der Gesamtstrategie *Prävention im Alter* wurde als weiterer Schritt durch die Bürgerschaft in der Sitzung am 26.01.2017 ein jährliches Budget zur Koordination und Durchführung der Senior:innenarbeit - Prävention im Alter / Präventive Hausbesuche in Höhe von zunächst 50 Tsd. Euro beschlossen.

Auf dieser Grundlage war es dann möglich, das Projekt Präventive Hausbesuche in Moisling mit Fördermitteln von sechs Krankenkassen plus kommunalen Mitteln und Mitteln des durchführenden Trägers nach Lübeck zu holen.

Im beigefügten Bericht erfolgt nun eine erste Auswertung des kommunalen Projektes, zudem eine Darstellung von zwei anderen Projekten, die gleichsam mit einem quartiersbezogenen Ansatz unterschiedliche Zugänge zu älteren Menschen erprobt haben.

Mit Blick auf die Präventiven Hausbesuche muss als nächster Schritt unter Berücksichtigung der im Bericht dargelegten Ergebnisse und der Anfang nächsten Jahres vorliegenden Evaluation in 2022 ein Konzept zur nachhaltigen Umsetzung in der Hansestadt Lübeck erarbeitet werden. Dabei sind vor allem hinsichtlich der Angebotsstruktur auch die Erkenntnisse aus anderen Städten einzubeziehen, in denen die Präventive Hausbesuche bereits umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Teilhabe an schulischen Ganztagsangeboten für Kinder mit besonderem Förderbedarf - Evaluation der Modellprojekte an der Schule Lauerholz und Maria-Montessori-Schule Vorlage: VO/2021/10267
---------------	--

Herr Müller beantragt die punktweise Abstimmung.

Herr Zsiros fragt, ob es Ideen für ähnliche Fälle an anderen Schulen gibt.

Frau Rieper erläutert, dass es immer Einzelfallprüfungen gibt und im Rahmen dieses ersten Ausbauschnittes zunächst beobachtet wird.

Beschluss:

1. Das Lübecker Konzept „Ganztag an Schule“ wird zur Öffnung der Teilhabe behinderter Kinder an den Regelgrundschulen durch ein Mittagsband erweitert und an bis zu fünf weiteren Schulstandorten mit Förderbedarf ausgebaut.
2. An den Lübecker Förderzentren Maria-Montessori-Schule, Schule Wilhelmshöhe und Matthias-Leithoff-Schule wird ein verlässliches Angebot zur Schulkindbetreuung nach dem Modell Ganztag plus mit jeweils 15 Betreuungsplätzen umgesetzt. Der ergänzende Einsatz von Schulbegleitungen zur sozialen Teilhabe nach dem SGB IX erfolgt durch eine Grundversorgung. Die Auskömmlichkeit der Grundversorgung wird jährlich überprüft.
3. Ein Fahrdienst wird für die Teilnehmer:innen des verlässlichen Betreuungsangebots an den Förderzentren in den Ferien im Rahmen der Regelbetreuungszeit sichergestellt.
4. Die haushaltsmäßige Ordnung ist herzustellen. Die Bedingungen gem. Konsolidierungsvertrag mit dem Land sind zu berücksichtigen.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1-3	<i>einstimmige Annahme</i>	X
	<i>einstimmige Ablehnung</i>	
	<i>Ja-Stimmen</i>	
	<i>Nein-Stimmen</i>	
	<i>Enthaltungen</i>	
	<i>Kenntnisnahme</i>	
	<i>Vertagung</i>	
	<i>Ohne Votum</i>	

Abstimmungsergebnis zu Punkt 4	<i>einstimmige Annahme</i>	
	<i>einstimmige Ablehnung</i>	
	<i>Ja-Stimmen</i>	13
	<i>Nein-Stimmen</i>	1
	<i>Enthaltungen</i>	
	<i>Kenntnisnahme</i>	
	<i>Vertagung</i>	
	<i>Ohne Votum</i>	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.2 Wirtschaftsplan 2022 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)
Vorlage: VO/2021/10311**

Beschluss:

Für den Wirtschaftsplan 2022 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen werden festgestellt:

	<u>2022</u>
1. Es betragen	
1.1 Im Erfolgsplan	€
die Erträge	30.024.800
die Aufwendungen	31.520.100
der Jahresgewinn	0
der Jahresverlust	-1.495.300
1.2 Im Vermögensplan	
die Einzahlungen auf	600.200
die Auszahlungen auf	600.200
2. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0
2.1 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf	0
2.2 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	5.188.000
3. die Stellenübersicht 2022 nebst Änderungsliste (Anlage 8-12)	

Der Festsetzung des Wirtschaftsplanes 2022 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 – Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2022 wird gemäß Anlagen 1 – 12 im Rahmen der Haushaltssatzung 2022 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.3 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen (SIE)
der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2020 und überplanmäßige Bereitstellung**

von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für das Produkt SeniorInnenEinrichtungen
Vorlage: VO/2021/10312

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2020 wird mit einer Bilanzsumme von € 4.660.250,79, einem Jahresfehlbetrag von € 3.296.143,75 und einem Bilanzverlust von € 3.291.522,60 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust 2020 in Höhe von € 3.291.522,60 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.
3. Da der ursprüngliche Haushaltsansatz für den Ausgleich des Bilanzverlustes 2020 der SIE im städtischen Haushalt 2021 nicht ausreichend ist, werden in den nachfolgend aufgeführten Produktsachkonten gem. § 82 Abs. 1 GO überplanmäßig bereitgestellt:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
315201000.5315000	SeniorInneneinrichtungen, Zusch. an verb. Untern.	2021	673.323 €

Deckung:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
312101000.5461100	SGB II, LB. n. §22 Abs 1 SGB II	2021	673.323 €

Erläuterungen zur Deckung:

Die für 2021 im Produkt 312101000 geplanten Mittel zur Leistungsgewährung im Bereich der Kosten der Unterkunft werden aufgrund einer absehbaren positiven Entwicklung nicht in vollem Umfang benötigt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.4 Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen
Vorlage: VO/2021/10332**

vertagt

Beschluss:

- 1) Die AWO Schleswig-Holstein gGmbH (AWO) erhält für den Betrieb der Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen von der HL Zuwendungen für die Dauer von 10 Jahren ab Inbetriebnahme. Aufgrund einer möglichen Nachnutzung des Standortes ist der Betrieb zunächst für eine Dauer von 10 Jahren vorgesehen.

- 2) Die Finanzierung des Betriebes durch die AWO Schleswig-Holstein gGmbH erfolgt für die Dauer von 10 Jahren.
Für das Jahr 2022 erfolgt die Finanzierung aufgrund des noch nicht feststehenden Termins der Inbetriebnahme über einen zu erteilenden Zuschussbescheid.
Ab 2023 ist die Finanzierung des Betriebes durch den Abschluss eines entsprechenden Budgetvertrages sicherzustellen (s. VO/2019/08009-01).
Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Zuschussbescheid zu erlassen und den Budgetvertrag abzuschließen.

- 3) Grundlage für den Betrieb der Begegnungsstätte ab 2022 ist das in der Begründung dargestellte Basisangebot. Dieses sieht eine Fortführung der momentanen Angebote des Kontaktladens Tea&Talk in den neuen und größeren Räumlichkeiten vor.
Die Kosten belaufen sich im Jahr 2022 auf max. 433.000 Euro zzgl. einmalig auf max. 45.000 Euro für den Umzug und die Ersteinrichtung.
Eine Ausweitung des Angebotes über die dargestellten Module kann durch Beschluss der Bürgerschaft erfolgen.
Mit Inbetriebnahme der Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen endet gleichzeitig die städtische Finanzierung der AWO für den Betrieb des Kontaktladens Tea&Talk.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5.5 Fortsetzung Quartiersmanagement Broilingplatz Vorlage: 0/09154-02-01-01

Frau Büche fragt, warum es keinen Budgetvertrag gibt.

Herr Senator Schindler erläutert, dass ein Budgetvertrag denkbar wäre, wenn das Projekt über längere Zeit sich bewährt hat.

Herr Wulf stellt dar, dass ein Budgetvertrag denkbar wäre.

Beschluss:

Zur weiteren Sicherung des Quartierprojektes Broilingplatz wird dem AWO Kreisverband Lübeck zur Umsetzung des in der Anlage beigefügten Konzepts eine jährliche Zuwendung in Höhe von 35.000 € für den Zeitraum 01.01.2022 - 31.12.2026 gewährt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.6 Budgetverträge des Fachbereichs 2 ab 01.01.2022 Vorlage: VO/2019/08009-01

Herr Dr. Grohmann schlägt eine geänderte Beschlussfassung vor.

Frau Zeplin und Herr Zsiros schlagen eine punktweise Abstimmung vor.

Herr Müller macht in diesem Zusammenhang auf die Ungleichbehandlung der Lübecker Frauenhäuser aufmerksam, da nicht beide Budgetverträge haben. Herr Senator Schindler bemerkt, dass dieses Thema mit der hier vorliegenden Vorlage nicht berührt wird. Frau Schwartz kündigt zum Thema Frauenhäuser nach Inkrafttreten der neuen Landesrichtlinie eine gesonderte Vorlage an.

Zu Punkt 1 wird von Herrn Voht vorgetragen, dass ein Budgetvertrag zu begrüßen ist, er allerdings den Bericht dazu vermisst.

Zu Punkt 2 der Vorlage tragen Herr Dr. Grohmann und Herr Voht Bedenken vor.

Der Ausschuss erteilt Frau Mechnich von der AWO aus dem Publikum das Wort, die noch einmal einzelnen Inhalte erläutert und stellt vor allem die Unterschiede zwischen der Drogenberatung und einer möglichen Begegnungsstätte bzw. dem bestehenden Kontaktladen Tea&Talk heraus.

Zu Punkt 3 betont Frau Zeplin noch einmal die Wichtigkeit der Förderung der Aids-Pflege Lübeck mit Hinweis auf die immer noch vorherrschenden Diskriminierungen des betroffenen Personenkreises.

Herr Müller beantragt die Streichung von Nummer 3 vor.

Der Vorsitzende lässt über die Streichung abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales entscheidet mit 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung, den Punkt 3 nicht zu streichen.

Herr Dr. Mischnik erläutert die fachliche Stellungnahme des Gesundheitsamtes und verweist auf die Möglichkeiten der Betreuung durch andere ambulante Pflegedienste.

Herr Dr. Walther hinterfragt die Beratungsangebote für den Personenkreis der an HIV-erkrankten Mitbürger:innen. Hier verweist Herr Dr. Mischnik auf die Beratung der Aids-Hilfe.

Die Sitzung wird von 17:17 Uhr bis 17:30 Uhr unterbrochen.

Herr Dr. Grohmann verliest zu Punkt 1 und 2 folgenden Änderungsantrag:

„Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft:

Nr. 1 mit dem Verein „Frauen helfen Frauen“ ein Budgetvertrag abzuschließen mit der Laufzeit von 01.01.2022 bis 31.12.2026, sofern zur Beschlussfassung am 30.09.2021 der Jahresbericht 2020 vorliegt.

Nr. 2 zu dem bestehenden Budgetvertrag mit der AWO eine Änderung insoweit herzustellen, als dass der bestehende Budgetvertrag künftig die Projekte Drogenberatung, Streetwork und Streetworker-Mobil beinhaltet.

Das Projekt Kontaktladen und Tea & Talk wird plangemäß als Zuwendungsbescheid fortgesetzt.

Über Finanzmittel/ein Budgetvertrag der Begegnungsstätte wird separat entschieden, wenn die Begegnungsstätte beschlossen wurde.“

Punkt 3 der Vorlage bleibt unverändert.

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Fassung und Punkt 3 nacheinander punktweise abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt,

1. mit dem Verein „Frauen helfen Frauen e.V.“ einen Budgetvertrag mit einer Laufzeit vom 01.01.2022 bis 31.12.2026 zur Finanzierung des Projektes „Lübecker Stadtmütter“ abzuschließen.
2. zu dem bestehenden Budgetvertrag mit der AWO Schleswig-Holstein gGmbH eine Änderung insoweit herzustellen, als dass der bestehende Budgetvertrag künftig die Projekte Drogenberatung, Streetwork und Streetworker-Mobil beinhaltet. Das

Projekt Kontaktladen „Tea & Talk“ wird planungsgemäß in der neu zu errichtenden Begegnungsstätte aufgehen, so dass die Finanzierung des Kontaktladens bis zur Öffnung der Begegnungsstätte per Zuwendungsbescheid erfolgen wird (s. hierzu auch VO/2021/10332).

3. den bis zum 31.12.2021 bestehenden Vertrag mit dem DRK zur Finanzierung des Projektes „Lübecker AIDS-Pflege“ nicht weiter zu verlängern.

Abstimmungsergebnis zu Pkt. 1 in der geänderten verlesenen Fassung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft den Beschluss in der geänderten Fassung zu Punkt 1 zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis zu Pkt. 2 in der geänderten verlesenen Fassung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft den Beschluss in der geänderten Fassung zu Punkt 2 zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis zu Pkt. 3	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	7
	Nein-Stimmen	7
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft den Beschluss zu Punkt 3 aufgrund der Stimmengleichheit abzulehnen.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 AfD - Begrüßungsgeld für Neugeborene
Vorlage: VO/2021/10349**

Herr Dr. Vieler stellt den Antrag vor und erklärt, dass Ziffer 4 zurückgezogen wird bzw. zu streichen ist und nur über die Punkte 1-3 und 5 abgestimmt werden soll.

Hierzu sprechen Herr Voht, Frau Wolter, Frau Zeplin und Frau Gersdorf.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft eine Beschlussvorlage über die Gewährung eines Begrüßungsgeldes für Neugeborene durch die Hansestadt Lübeck vorzulegen mit den folgenden Eckpunkten:

- 1) *Das Begrüßungsgeld ist eine einmalige, freiwillige Zuwendung in Höhe von 500,00 Euro an die Sorgeberechtigten des Neugeborenen.*
- 2) *Das Begrüßungsgeld wird nur auf Antrag gewährt.*
- 3) *Antragsberechtigt sind Sorgeberechtigte, die zum Zeitpunkt der Geburt des Neugeborenen seit mindestens einem Jahr ununterbrochen ihren Hauptwohnsitz in der Hansestadt Lübeck haben und in deren Haushalt das Neugeborene lebt..*
- 4) *Anspruchsberechtigt sind Sorgeberechtigte mit deutscher Staatsangehörigkeit. Eine Anspruchsberechtigung für Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Drittstaates besteht nur, soweit ein rechtlich unstrittiger Gleichbehandlungsanspruch in Bezug auf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union oder den jeweiligen Drittstaat besteht.*
- 5) *Ein Rechtsanspruch auf finanzielle Förderung besteht nicht. Die Entscheidung trifft der Bürgermeister im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel der Hansestadt Lübeck.*

Abstimmungsergebnis zu den Punkten 1-3 und Punkt 5	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	13
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

**zu 6.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Fortsetzung des Projekts ‚Großeltern im Quartier‘
Vorlage: VO/2021/09744**

Frau Büche lobt das ausgelaufene Projekt und bedauert das Ende, da es sehr gut angenommen wurde und hinterfragt, ob eine Fortführung mit einem anderen Träger möglich wäre.

Herr Müller-Lornsen verlässt gegen 17.45 Uhr die Sitzung.

Hierzu sprechen Herr Müller und Herr Voht, der auf die fehlende Evaluation verweist. Ebenso sprechen Herr Wulf, Herr Dr. Lengen, Frau Wolter sowie Herr Senator Schindler, der auf das Angebot in der räumlichen Nähe im Nachbarschaftsbüro verweist.

Beschluss:

Das im Mai 2020 ausgelaufene Projekt ‚Großeltern im Quartier‘ wird mit Mitteln der Hansestadt Lübeck fortgesetzt. Dazu wird eine entsprechende Vollzeitstelle, aufgeteilt auf 2 Teilzeitstellen, eingerichtet bzw. entsprechende Mittel dafür an einen geeigneten sozialen Träger vergeben. Die positiven Erfahrungen des fünfjährigen Projektzeitraums unter Leitung der Gemeindediakonie sind soweit wie möglich zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft den Antrag mehrheitlich abzulehnen.

zu 6.2.1 Antrag des Beirates für Senior:innen betr. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Fortsetzung des Projekts ‚Großeltern im Quartier‘; Vorlage: VO/2021/09744-01

Herr Gebert trägt noch einmal die Wichtigkeit dieses Projektes für die Lübecker Seniorinnen und Senioren vor.

Der Ausschuss erteilt Frau Kobald aus dem Publikum das Wort, die als Privatperson für die Fortsetzung dieses Projektes wirbt.

Beschluss:

Fortsetzung des Projektes "Großeltern im Quartier"

Das im Mai 2020 ausgelaufene Modellprojekt ‚Großeltern im Quartier‘ wird fortgesetzt.

Dazu wird der Bürgermeister aufgefordert, den FB 2 zu beauftragen, Maßnahmen zu ergreifen, um die im Abschlussbericht der Gemeindediakonie als ehemaliger Träger als erfolgreich beschriebene Arbeit entsprechend fortzusetzen:

Mit einer Vollzeitstelle, aufgeteilt auf 2 Teilzeitstellen, finanziert durch die Hansestadt Lübeck - ersatzweise durch die Bereitstellung entsprechender Mittel, die an einen geeigneten sozialen Träger vergeben werden mit der Maßgabe, das Projekt " Großeltern im Quartier " fortzusetzen, und dabei die positiven Erfahrungen und Zielsetzungen des Modellprojektes einzubeziehen.

Begründung: erfolgt mündlich.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	3
	Nein-Stimmen	7
	Enthaltungen	3
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	

	Ohne Votum	
--	------------	--

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft den Antrag mehrheitlich abzulehnen.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 Antrag des AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): LÜMO barrierefrei
Vorlage: VO/2021/10417**

Frau Zeplin begründet den Antrag.
Hierzu sprechen Herr Müller, Frau Odendahl sowie Herr Voht.

Frau Odendahl verlässt den Bürgerschaftssaal von 18:15 Uhr bis 18:19 Uhr und ist bei der Abstimmung nicht dabei.

Herr Senator Schindler erläutert, dass es sich beim LÜMO um ein Projekt für Travemünde bis zum Frühjahr 2022 und für Kücknitz bis zum Herbst 2022 handelt. Um hier eine Barrierefreiheit zu erreichen, werden bereits Planungen/Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Beschluss:

Der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck wird beauftragt, in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter der Hansestadt Lübeck bei der Stadtverkehr Lübeck GmbH zu veranlassen:

- das LÜMO-Konzept so zu ergänzen, dass auch Rollstuhlfahrer:innen bei Bedarf transportiert werden können;
- die App dementsprechend zu konzipieren, dass sie
 - a) *auch von Menschen mit Lernschwierigkeiten bedient werden kann und*
 - b) *die Möglichkeit besteht anzugeben, mit einem Rollstuhl / Gehwagen / Kinderwagen / unterwegs zu sein*

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	3
	Nein-Stimmen	7
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:22 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 18:21 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Nichtöffentlicher Teil:

zu 10 Genehmigung der Niederschrift

zu 10.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.06.2021

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 11 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 12 Berichte

zu 13 Beschlussvorlagen

zu 14 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Öffentlicher Teil:

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende trägt vor, dass im nichtöffentlichen Teil das Protokoll vom 08.06.2021 genehmigt wurde

Er beendet die Sitzung um 18:25 Uhr.

Lübeck, den 22. September 2021

Dr. Marek Lengen
Vorsitz

Gitte Timmermann
Protokollführung